



- Berlin aktuell -

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Großbritannien verlässt die Europäische Union

Die britischen Wählerinnen und Wähler haben bei dem gestrigen Referendum für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union gestimmt.

Um alle Folgen dieses Votums abschätzen zu können, ist es noch zu früh. Großbritannien hatte die EU immer nur als reine Freihandelszone begriffen und allen politischen Vertiefungen sehr skeptisch gegenüber gestanden. Das war der Grund für die viele Ausnahmen, beispielsweise beim Schengen-Raum oder dem Euro. Heute zeigt sich, dass diese sog. „opt-outs“ Europa nicht stärker gemacht, sondern vielmehr fragmentiert und ähnliche Begehrlichkeiten auch in anderen Ländern geweckt haben.

Fakt ist aber, dass der Austritt für Großbritannien katastrophale wirtschaftliche Folgen haben wird. Bereits nach der Verkündung des Ergebnisses war das am Absturz der britischen Währung zu sehen. Das zeigt die große Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens. Die Brexit-Befürworter haben bislang keinen Plan vorgelegt, wie sie künftig die wirtschaftlichen Beziehungen zur EU gestalten wollen, denn mit dem Austritt aus der Europäischen Union verliert Großbritannien auch den Zugang zum wichtigen europäischen Binnenmarkt. Das wird den Handel erheblich erschweren und auch verteuern. Um das zu verhindern, sind verschiedene Szenarien denkbar, die in den vergangenen Tagen auch in unseren Medien ausführlich dargestellt wurden. Norwegen beispielsweise ist ebenfalls kein EU-Mitglied, hat aber fast den gesamten Rechtsstand der EU übernommen und zahlt auch Beiträge in den EU-Haushalt. Allerdings hat das Land keinerlei Mitspracherechte bei der EU-Gesetzgebung. Die Schweiz hat ebenfalls sehr enge Beziehungen und nimmt am Binnenmarkt teil. Denkbar wären auch Freihandelsabkommen, wie sie die EU derzeit mit

Kanada oder den USA verhandelt. Sie würden einen weitgehenden Zugang zum EU-Markt ermöglichen, blieben aber deutlich hinter einem freien Zugang zum Binnenmarkt zurück. Es ist nun die Aufgabe der britischen Regierung und – nach dem angekündigten Rücktritt David Camerons – des neuen britischen Premierministers, Ideen für die künftigen Beziehungen zur EU zu entwickeln. Die EU wird dann sehr genau prüfen, welche Wege für uns gangbar erscheinen. Klar ist, dass es keine Mitgliedschaft durch die Hintertür geben wird, mit der allein die wirtschaftlichen Vorteile für Großbritannien gesichert werden sollen. Leider wird diese beschriebene Unsicherheit vermutlich einige Zeit andauern. Daher wird der Brexit auch für unsere exportorientierte Wirtschaft nicht folgenlos bleiben.

Besonders stark könnten die Auswirkungen auf den britischen Finanzsektor sein, der für die britische Wirtschaft von überragender Bedeutung ist. Die EU wird nun sicher viele Vorschläge zur stärkeren Regulierung der Banken umsetzen, die bislang am britischen Widerstand gescheitert sind, ohne das Großbritannien dies verhindern kann. Wenn britische Banken aber weiterhin in der EU Geschäfte machen wollen, müssten sie diese Regeln komplett übernehmen. Viele Banken werden nun sicher darüber nachdenken, Teile ihres Geschäfts in die EU zu verlegen, um diesen Unsicherheiten zu entkommen. Damit sind viele sehr gut bezahlte Arbeitsplätze in London gefährdet. Nicht umsonst haben die Wähler in London deutlich für einen Verbleib in der EU gestimmt.

Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt eindeutig bei David Cameron. Er initiierte einst das Referendum, um seine innerparteilichen Gegner zu besänftigen und der Unabhängigkeitspartei UKIP das Wasser abzugraben. Die Geister, die er rief, wurde er danach nicht mehr los.

Mit dem jetzigen Ausgang läuft er aber Gefahr, nicht nur eine Union zu verlieren, sondern beide: Die Europäische Union und das United Kingdom, denn in Schottland werden die Befürworter einer Unabhängigkeit von Großbritannien erneut ein Referendum anstreben. Da Schottland traditionell EU-freundlich ist, wird es dieses Mal große Chancen auf Erfolg haben. Die schottische Regierungschefin hat bereits heute erklärt, dass sie Schottlands Zukunft in der EU sehe. Schottland könnte dann ziemlich schnell das (wieder) 28. EU-Mitglied werden. Der nun bereits angekündigte Rückzug Camerons aus der Politik ist daher nur konsequent, weil er als der Premierminister in die Geschichtsbücher eingehen könnte, der Großbritannien zerschlagen hat.

Nicht vergessen werden darf auch die Situation auf der irischen Insel. Zwischen der Republik Irland und dem britischen Nordirland wird künftig eine EU-Außengrenze verlaufen. Das wird dort erneut für viel Unruhe sorgen, wenn nun der katholisch-irische Bevölkerungsanteil eine Wiedervereinigung mit dem Süden fordern sollte. Es bleibt sehr zu hoffen, dass das mühsam austarierte politische System in Nordirland keinen Schaden nimmt.

David Cameron hat dafür gesorgt, dass sich nun rechtspopulistische und europafeindliche Parteien in ganz Europa im Aufwind fühlen. Bereits heute wurden in verschiedenen Ländern ebenfalls Referenden gefordert. Davon sollten wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen, denn in keinem anderen EU-Land waren die Stimmungen zu Europa nachhaltig so negativ wie in Großbritannien. Außerdem wird auf die Euphorie, die die Brexit-Befürworter gerade verspüren, schnell ein Kater folgen, der sicher in anderen Ländern Eindruck machen wird. Die Europäer werden die schwerwiegenden Nachteile, die mit einem Austritt verbunden sind, sehr schnell erkennen. Manchmal kann auch ein schlechtes Beispiel zum Guten dienen.

Das bedeutet aber nicht, dass Europa nun einfach zur Tagesordnung übergehen kann, ganz im Gegenteil. Die EU muss stärker auf die Bürger zugehen und auch akzeptieren, dass viele Entwicklungen manchen Menschen schlicht und einfach zu schnell gehen. Doch viele Veränderungen, die den Menschen Sorge machen, haben ihre

Ursache nicht in Europa, sondern sind eine direkte Folge der weltweiten Globalisierung und können nur gesamt-europäisch bewältigt werden. Der Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte, die fortschreitende Digitalisierung, die Entwicklung neuer Technologien und nicht zuletzt die großen Flüchtlingsbewegungen stellen die „alten“ Wirtschaftsmächte in Europa vor sehr große Herausforderungen. Wir in Deutschland sind dabei höchst erfolgreich, aber in vielen EU-Staaten ist das ganz anders. Wir müssen also viel stärker die Vorteile Europas betonen. Den Vorwurf, alles und jedes zu regeln (Gurken- und Bananenkrümmung, Glühlampenverbot) muss sich Europa im Übrigen derzeit nicht machen lassen: Bis vor zwei Jahren hat die EU-Kommission noch jährlich über 100 Rechtsetzungsvorschläge vorgelegt. Der neue Kommissionspräsident Juncker hat diese Anzahl 2015 und 2016 auf jeweils 23 gesenkt. Leider ist dies in der Öffentlichkeit überhaupt noch nicht ins Bewusstsein gekommen. Dort herrscht noch immer das Bild des Brüsseler Bürokraten vor, der ständig auf der Suche nach neuen, unsinnigen Regelungen ist.

Wir brauchen jetzt eine neue Vergewisserung auf nationale Identitäten, um der Befürchtung zu entgehen, der einzelne würde in einem von Brüssel gesteuerten anonymen Superstaat untergehen. Zugleich brauchen wir aber auch eine Rückbesinnung auf das, was uns in Europa stark gemacht hat und eine neue Begeisterung für das, was wir gemeinsam im Zeitalter der Globalisierung erreichen müssen. Großbritannien wird schnell und schmerzhaft lernen, dass es dafür alleine viel zu klein ist. Mancher glaubte bei der Abstimmung sicherlich, dass man sich mit einem Austritt aus der Europäischen Union den Sorgen der Welt entledigen könnte. Das ist ein gewaltiger Trugschluss, denn die EU ist nicht das Problem, sondern die Antwort auf die Globalisierung.

Aber auch die Politik muss selbstkritisch sein. Wenn wir über Jahre hinweg die selbstgesetzten Regeln, beispielsweise beim Stabilitäts- und Wachstumspakt, fortwährend ignorieren, dürfen wir uns nicht wundern, wenn das Ansehen Europas untergraben wird und die Menschen ihr Vertrauen in europäische Lösungen verlieren.

Neue Studie zum möglichen Familiennachzug

Das Bundesamt für Migration (BAMF) hat eine umfangreiche Studie zum möglichen Familiennachzug syrischer Flüchtlinge vorgelegt. Anspruch auf den Familiennachzug haben grundsätzlich nur der Ehepartner, Kinder und Eltern unbegleiteter Jugendlicher. Wenn Faktoren wie Alter, Kinderanzahl und bereits mitgereiste Angehörige berücksichtigt werden, sei im Durchschnitt für jeden anerkannten Flüchtling der Nachzug eines Angehörigen zu erwarten. Damit widerspricht das BAMF Befürchtungen, jeder Flüchtling können vier bis fünf Angehörige nach Deutschland holen. Grundsätzlich wird sich der Familiennachzug zeitlich erheblich verzögern, weil die Angehörigen die Visa hierfür nur in den deutschen Konsulaten in der Türkei oder im Libanon beantragen können. Dort betragen jedoch die Wartezeiten allein für die Antragstellung mehrere Monate. Zudem erhalten immer mehr syrische Flüchtlinge nur noch den sog. „subsidiären Flüchtlingsstatus“, im Mai betraf das jeden vierten anerkannten Flüchtling. Subsidiärer Status bedeutet, dass der Antragsteller zwar aus einem Bürgerkriegsland stammt, er aber nicht persönlich unter einer individuellen Verfolgung leidet. Der Bundestag hat zu Beginn des Jahres beschlossen, dass der Familiennachzug für diese Flüchtlingsgruppe für zwei Jahre ausgesetzt wird.

Wirtschaft auf Wachstumskurs

Die deutsche Wirtschaft ist mit einem starken Wachstum ins Jahr 2016 gestartet. Das Bruttoinlandsprodukt legte saisonbereinigt im ersten Quartal um 0,7 Prozent zu. Getragen wurde der Aufschwung von allen Komponenten der Binnenwirtschaft. Der private Konsum profitiert von steigenden Einkommen bei stabilen Preisen. Zugleich geht die Arbeitslosigkeit trotz einer steigenden Zahl arbeitssuchender Flüchtlinge weiter deutlich zurück. Die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen erreichte mit 2,664 Millionen den geringsten Stand seit Herbst 1991. Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Arbeitslosenzahl um 98 000. Damit hat sich auch das Tempo des Rückgangs in jüngerer Zeit nicht verlangsamt. Zudem ist die Beschäftigung weiter deutlich gestiegen. Insgesamt waren im März 31,2 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren 680 000 mehr als ein Jahr zuvor.

Frauen in der Union setzen „Nein heißt Nein“ durch

Die Koalition hat sich auf eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts geeinigt, das auf dem Grundsatz „Ein Nein ist ein Nein“ beruht. Damit wird das sexuelle Selbstbestimmungsrecht endlich auch im Strafrecht voll zur

Geltung kommen. Die Frauen in der Union haben dies schon seit langem gefordert. Es ist ein großer Erfolg, dass dieser Grundsatz nun tatsächlich ins Strafrecht Einzug hält und der unzureichende Entwurf von Bundesjustizminister Maas gestoppt werden konnte. Dieser hatte weder die „Nein-heißt-Nein“-Lösung noch eine Strafbarkeit für das sogenannte „Grapschen“ vorgesehen.

Bislang war für die Strafbarkeit einer Vergewaltigung eine Gewaltausübung des Täters notwendig. Künftig reicht das „Nein“ oder ein gleichwertiges Verhalten des Opfers. Zudem wird es einen neuen Tatbestand geben, der sexuelle Straftaten aus Gruppen speziell ahndet. Damit wollen wir ein deutliches Zeichen gegen sexuelle Übergriffe wie die in der Silvesternacht in Köln setzen. Ebenfalls schaffen wir einen eigenen Tatbestand gegen das sogenannte „Grapschen“.

Bundesbeauftragter für Stasiunterlagen wiedergewählt

Der Bundestag hat den Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen, Roland Jahn, für eine weitere fünfjährige Amtszeit wiedergewählt. Roland Jahn ist nicht nur bei den SED-Opfern, sondern auch über Partei- und Ländergrenzen hinweg eine anerkannte und geschätzte Persönlichkeit und ein glaubwürdiges Sprachrohr. Leider kam es im Vorfeld der Wiederwahl durch eine Verzögerungstaktik der SPD zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei den SED-Opfern. Nun kann in Ruhe und gemeinsam mit den Opferverbänden die notwendige Reform der Stasi-Unterlagenbehörde in Angriff genommen werden. Für die Unionsfraktion ist dabei wichtig, dass die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur keinesfalls beendet wird.

Verlängerung der Russland-Sanktionen ist wichtiges Signal der Geschlossenheit

Die EU hat am Dienstag eine Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate bis zum 31.01. 2017 beschlossen. Solange Russland die Vereinbarungen des Minsker Abkommens wie die dauerhafte Waffenruhe, den Abzug der schweren Waffen oder die zugesagten Lokalwahlen nicht umsetzt, besteht keine Möglichkeit, bei den Sanktionen Zugeständnisse zu machen. Erst nach einer vollständigen Umsetzung können die Sanktionen aufgehoben werden. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem fortdauernden Krieg in der Ostukraine hat Russland die Beziehungen zur Europäischen Union einseitig belastet. Es liegt also in der Hand Moskaus, das Verhältnis zur EU wieder zu normalisieren.